BM Viehof berichtet von der bekannten Sperrung der L333 und dem vor 2 Wochen stattgefundenem Begehungstermin mit Politikvertretern und StraßenNRW. Wie bereits kommuniziert, werde die Sperrung nun nicht bis Herbst 2021 andauern, sondern bereits im Juni 2021 solle die Strecke wieder freigegeben werden können, wie der Landesbetrieb StraßenNRW mitteilte. Dennoch sei aufgrund der topographischen Lage auch weiterhin mit vereinzelten Hangrutschen und hiermit notwendigen Hangsicherungsmaßnahmen zu rechnen.

Wichtig sei daher, dass auch Eitorf sich für eine alternative Trassierung und verbesserte Anbindung an die A560 einbringe und hierfür werbe. Es bedürfe an einer neuen leistungsfähigen Streckenführung, die auch durch die Gemeindeverwaltung vorangetrieben werden müsse.

Herr Jüdes dankt Herrn BM Viehof für diesen Vorstoß eines Masterplans zur Verbesserung des Verkehrsflusses, der im Grundsatz nur befürwortet werden könne. Der Beschlussvorschlag in dieser Form sei allerdings nicht haltbar, da die Zuständigkeit der Gemeinde Eitorf fehle. Seiner Anregung nach solle hingegen eine Resolution an die Landesregierung beschlossen werden, die das Ziel formuliere, einen Masterplan von den übergeordneten und zuständigen Behörden zu fordern und auf diese Weise eine allgemeine verbesserte Anbindung zu erreichen.

Frau P. Droppelman schließt sich den Ausführungen von Herrn Jüdes an. Zudem fordere sie in diesem Zusammenhang, einen Ausbau der Straße durch Wassack zu prüfen und umzusetzen sowie die Anlegung eines Bürgersteigs in Erwägung zu ziehen. Auf diese Weise könne bereits kurzfristig eine wichtige Verbesserung für die gesamte Verkehrssituation und die dortige Ausweichstrecke ermöglicht werden. Im Zuge der aktuellen Sperrung der L333 sei dieser Handlungsbedarf wieder deutlich geworden. Ihre Anregung solle als Antrag für den hierfür zuständen Bauausschuss angesehen werden.

Herr Grendel unterstreicht den Handlungsbedarf bzgl. der L333 insbesondere aus Sicht der Wirtschaft. Die Verwaltung könne und solle hier auch ohne Beschluss handeln.

BM Viehof betont, dass auch ohne ein Beschluss die Verwaltung hier aktiv sei und sich einsetze. Ein Beschluss durch den Ausschuss und den Rat verleihe dem Standpunkt und dem Engagement der Verwaltung und des Bürgermeisters ein noch stärkeres Gewicht. Eine solche Stärkung der Position der Gemeinde Eitorf könne auch durch den kommunalpolitischen Beschluss einer Resolution erfolgen.

Frau Kemmler gibt zu verstehen, dass auch aus Sicht der FDP-Fraktion dringender Handlungsbedarf bestehe, eine Beauftragung an den Bürgermeister aber nicht als zwingende Voraussetzung angesehen werden dürfe, um seitens der Verwaltung aktiv zu werden.

> Um 19:41 Uhr einstimmiger Beschluss auf fünfminütige Sitzungsunterbrechung aufgrund Beratungsbedarf.

Nach erneuter Sitzungsaufnahme wird sich einvernehmlich darauf verständigt, in der heutigen Sitzung die Beschlussempfehlung an den Rat zur Verabschiedung einer Resolution zu fassen. Die konkrete Abstimmung über den genauen Wortlaut erfolgt zwischen den Fraktionen in den kommenden Tagen. Die Ausschussvorsitzende Frau Zorlu übernimmt die Koordination zur Abstimmung. Der genaue Beschlusstext soll dann in der Ratssitzung am Montag, den 08.03.2021 gefasst und zur Abstimmung gestellt werden.